

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuß)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Petra Bläss, Dr. Willibald Jakob,
Dr. Winfried Wolf und der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/1586 –**

Auswertung und Umsetzung der Dokumente des Weltsozialgipfels

A. Problem

Vom 6. bis 12. März 1995 fand in Kopenhagen der Weltsozialgipfel statt. Ergebnis des Gipfeltreffens war die Unterzeichnung eines Aktionsprogramms sowie einer zehn Verpflichtungen enthaltenen Abschlusserklärung.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Der Antrag nennt detaillierte Aufforderungen an die Bundesregierung zur nationalen Umsetzung der politischen Verpflichtungen des Weltsozialgipfels.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Eine Kostenabschätzung wurde nicht vorgenommen.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 13/1586 – abzulehnen.

Bonn, den 12. Dezember 1996

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Ulrike Mascher
Vorsitzende

Andrea Fischer (Berlin)
Berichterstatte~~r~~in

Bericht der Abgeordneten Andrea Fischer (Berlin)

I.

Der Deutsche Bundestag hat am 29. Februar 1996 in seiner 89. Sitzung den Antrag – Drucksache 13/1586 – nach der ersten Lesung dem Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung zur federführenden Beratung und dem Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dem Auswärtigen Ausschuß, dem Finanzausschuß, dem Ausschuß für Wirtschaft sowie dem Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen.

Der Auswärtige Ausschuß hat in seiner 38. Sitzung am 8. Mai 1996 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Einen entsprechenden Beschluß faßten der Finanzausschuß und der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in ihren Sitzungen am 17. April 1996.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat in seiner 30. Sitzung am 17. April 1996 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend beschloß in seiner Sitzung am 13. März 1996 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion der SPD, den Antrag abzulehnen.

Der federführende Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat den Antrag in seiner 52. Sitzung am 8. Mai 1996 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion der SPD beschlossen, den Antrag abzulehnen.

II.

Der Antrag verlangt von der Bundesregierung unter anderem die Bildung einer nationalen Kommission zur Überwachung der Umsetzung der in Kopenhagen eingegangenen Verpflichtungen sowie die regel-

mäßige Information der Öffentlichkeit über die Realisierung der Beschlüsse des Gipfels.

Ferner verlangen die Antragsteller von der Bundesregierung, bis zur Sondersitzung der VN-Vollversammlung zur Prüfung der Ergebnisse des Gipfels im Jahre 2000 die in Kopenhagen mit der Unterzeichnung des Aktionsprogrammes gegebenen Zusagen umzusetzen.

Außerdem wird die Bundesregierung aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, die sie mit der Ratifizierung der VN-Konvention zur Beseitigung aller Formen der Diskriminierung der Frau eingegangen sei.

III.

Die Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. betonten, daß sich der Ausschuß bereits mehrfach mit dem Weltsozialgipfel befaßt habe. Die im Antrag der PDS enthaltenen Forderungen seien entweder in der Beschlußempfehlung des Ausschusses zu früheren Anträgen zu diesem Thema aufgegriffen oder mehrheitlich abgelehnt worden. Entschieden wiesen sie Vorwürfe zurück, daß nichts geschehen sei. So habe die Bundesregierung unter anderem einen Gesprächskreis gebildet, in den auch die Nichtregierungsorganisationen eingebunden seien. Im übrigen hätten sich viele Punkte des Antrages bereits erledigt.

Die Mitglieder der Fraktion der SPD bemerkten, daß der Antrag vieles von dem aufgreife, was die Fraktion der SPD bereits im Vorfeld des Gipfels gefordert habe. Sie teilten grundsätzlich die Zielsetzung des Antrages und die Kritik an der Bundesregierung. Daher würden sich die Mitglieder der Fraktion der SPD der Stimme enthalten.

Die Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärten, daß sie den Antrag unterstützen könnten.

Die Mitglieder der Gruppe der PDS stellten fest, daß ihr Antrag zwar schon etwas älter, inhaltlich jedoch weiter aktuell sei. Sie wiederholten ihre Kritik, daß die Bundesregierung praktisch nichts unternehme, um die auf dem Gipfel eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Bonn, den 12. Dezember 1996

Andrea Fischer (Berlin)

Berichterstatlerin

